



Kontrahenten bei den Auseinandersetzungen um die Schuldenobergrenze im Sommer 2011: US-Präsident Barack Obama und der Republikaner John Boehner, Sprecher des Repräsentantenhauses | „Eccles Building“, Hauptsitz der US-Notenbank (Federal Reserve) in Washington, D.C.

# DIE SCHWÄCHE DER ORDNUNGSMACHT

Die andauernde **Wirtschafts- und Finanzkrise** wird in den USA die soziale Ungleichheit verschärfen, die wirtschaftliche Schiefelage verstärken und damit auch die politische Handlungsfähigkeit nach innen wie nach außen lähmen. Die angeschlagene Weltmacht wird deshalb versuchen, Lasten abzuwälzen – und damit Konkurrenten, aber auch Verbündete in Asien und Europa, massiv belasten.

Von Josef Braml

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat bestehende Grundprobleme der amerikanischen Wirtschaft verstärkt und das Land zu einem Zeitpunkt getroffen, als sich die ersten der goldenen Generation der (zwischen 1946 bis 1964 geborenen) Baby-Boomer anschickten, ihren Lebensabend mit den bis dato exorbitant gestiegenen Vermögenswerten zu genießen. Ohnehin sind die amerikanische Gesellschaft und Politik nicht darauf vorbereitet gewesen, die Wucht des demographischen Wandels, insbesondere im Gesundheitswesen und in der Altersvorsorge, abzufedern. Obwohl die amerikanische Gesellschaft weiterhin durch Einwanderer verjüngt wird, kann dieser Zustrom den Alterungsprozess nur abschwächen. Hinzu kommt, dass jüngere Generationen die älteren künftig nicht mehr finanzieren können. Die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit, die insbesondere jüngere Arbeitssuchende betrifft, und ein in vielen Bereichen marodes Bildungswesen geben ihnen dazu denkbar schlechte Voraussetzungen. Der Generationenkonflikt wird dadurch verschärft, dass die in den letzten Jahrzehnten angehäuften Schuldenberge abgebaut werden müssen, um die Kreditwürdigkeit der USA aufrechtzuerhalten. Das wird umso dringlicher, zumal das Ausland nicht mehr fähig oder bereit ist, Amerikas Staatsschulden zu finanzieren, und die inländische Sparquote seit jeher niedrig ist. Denn auch viele private Haushalte sind hoch verschuldet.

## Sozialer Sprengstoff

Sicherlich gibt es im Land der unbegrenzten Möglichkeiten und Risiken einige, die davon überhaupt nicht und andere, die davon umso mehr betroffen sind. Wer sich die Verteilung der Vermögen und Einkommen in den USA genauer ansieht, erkennt gravierende Unterschiede. Die Ungleichheit birgt nicht nur sozialen Sprengstoff, sondern verhindert auch, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt.

Wenn es stimmt, dass die amerikanische Wirtschaft zu zwei Dritteln von der Nachfrageseite her, also vom Privatkonsum, angetrieben wird, dann wird die soziale Schieflage auch die wirtschaftliche Erholung beeinträchtigen. Woher soll die Kaufkraft kommen, wenn – wie mit der letzten Anhebung der Schuldenobergrenze vereinbart – zum künftigen Schuldenabbau in erster Linie Sozialleistungen und andere nachfragewirksame Ausgaben des Bundes und der Einzelstaaten gekürzt werden? Immer mehr Amerikaner haben immer weniger Kaufkraft und können künftig nicht mehr wie bisher auf Pump konsumieren; auch die Politik hat keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr für weitere Wirtschaftsförderprogramme.

Spätestens im Sommer 2011, seit den heftigen Auseinandersetzungen um die Schuldenobergrenze, wurde deutlich, dass das politische System blockiert ist. Sollte der Präsident versuchen, die Wirtschaft mit kreditfinanzierten Ausgaben anzukurbeln, würde er am Kongress scheitern. Auf republikanischer Seite würden das die libertären, staatsfeindlichen Repräsentanten der Tea-Party-Bewegung, aber auch fiskalkonservative Demokraten, so genannte Blue Dogs, zu verhindern wissen. Auch in der Handelspolitik sind dem Präsidenten bis auf Weiteres die Hände gebunden. Er wird kein Mandat für Freihandelspolitik erhalten, solle er diesen Machtkampf mit dem Kongress überhaupt wagen. Angesichts der finanz- und handelspolitischen Blockade bleibt die US-Notenbank die einzig handlungsfähige Institution.

### Strukturprobleme der US-Wirtschaft

Amerika versucht, sich aus seiner Schuldenfalle zu befreien, indem die eigene Notenbank jene Staatsanleihen aufkauft, die über den Markt von ausländischen Investoren nicht mehr bedient werden. Mit diesem als „quantitativer Lockerung“ beschönigten Geldddrucken wird der Dollar unter Druck gesetzt. Die Abwertung der Leitwährung hat zwei Nebeneffekte, die aus amerikanischer Sicht durchaus

willkommen sind: Zum einen kann man sich damit eines Großteils der Schulden entledigen. Zum anderen sollen mit der Abwertung der eigenen Währung die Exporte verbilligt und damit gefördert werden.

Selbst wenn diese Strategie der Dollar-Schwäche kurzfristig aufgehen sollte, würden damit langfristig nicht die grundlegenden Strukturprobleme der US-Wirtschaft beseitigt. Eines davon ist, dass die USA in den vergangenen Jahrzehnten ihre Industrieproduktion haben dahinsiechen lassen. Die USA sind heute eine Dienstleistungsgesellschaft, spezialisiert auf Finanzdienstleistungen. In diesem Sektor wurden viele Innovationen getätigt, darunter aber auch einige, die wesentlich zur Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen haben. Dieser Dienstleistungssektor, der als Fortschritt gepriesen wurde, während die Europäer auf dem geschmähten „alten“ Kontinent immer noch im Produktions- und Industriegewerbe verhaftet schienen, hat sich als problematisch erwiesen. Mittlerweile verstehen die Verantwortlichen auch in Amerika wieder, dass der Industriesektor nicht vernachlässigt werden darf.

Präsident Obama hat das Problem erkannt und seinen Landsleuten deutlich gemacht, dass Amerika wieder produzieren muss. Mit dem Green New Deal sollen einerseits Arbeitsplätze geschaffen werden. Andererseits, mit Blick nach außen, will Amerika durch eine Entzugskur seiner vom Ölimport abhängigen Wirtschaft auch binnenwirtschaftliche sowie außenpolitische Kosten bzw. Risiken verringern. Das ist umso notwendiger, als die durch hohe Ölpreise immer wieder forcierte wirtschaftliche Schieflage die außenpolitische Handlungsfähigkeit zur Sicherung dieser vitalen Ressourcen enorm einschränkt.

### Einbußen an harter und weicher Macht

Zwar bleibt in absehbarer Zeit die Militärmacht, die so genannte harte Macht der USA weiterhin unangefochten: Kein anderes Land verfügt

über annähernd schlagkräftige Kapazitäten wie die Supermacht. Doch diese militärische Rüstung wäre in den befürchteten Währungskriegen wenig hilfreich, ja sie ist in Zeiten der wirtschaftlichen Krise zu einer schweren Bürde geworden. Um seinen Haushalt zu konsolidieren, werden die USA auch umfangreiche Einsparungen im Militärbereich vornehmen müssen. Das wird die amerikanische Wirtschaft, die enorm von diesem Sektor abhängig ist, zunächst zusätzlich schwächen.

Auch die weiche Macht, die Vorbildfunktion und Anziehungskraft der USA auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, ist schwer beeinträchtigt. Insbesondere der so genannte Washington-Konsensus, wonach die Vereinigten Staaten andere Länder dazu bewegen wollten, ihre Gesellschaften und Märkte ebenso zu liberalisieren, wird weltweit nicht mehr als Orientierungsmaßstab akzeptiert.

Selbst in den USA ist – einmal mehr in der amerikanischen Geschichte – ein heftiger Streit darüber entbrannt, welche Rolle dem Staat im Verhältnis zur Wirtschaft und Einwanderungsgesellschaft beigemessen werden soll. Das ist eine Auseinandersetzung, die Amerika mit sich selbst beschäftigt und die Welt in Atem hält, weil die Handlungsunfähigkeit der einstigen Weltordnungsmacht zur neuen Weltordnung beitragen wird.



**DR. JOSEF BRAML**

war legislativer Berater im US-Abgeordnetenhaus und ist seit Oktober 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programm USA / Transatlantische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DAGP) in Berlin und leitet zudem die Redaktion des „Jahrbuch Internationale Politik“.